

## **Statt neun fünf!**

Die FDP-Fraktion hat für die Sitzung des Stadtrates am kommenden Dienstag den Antrag eingebracht, die Zahl der Stadtbezirke in Krefeld von jetzt neun auf fünf zu verringern. Weiterhin soll der Rat beschließen, dass der Stadtbezirk Mitte das gesamte Gebiet von "Stadtumbau West" umfasst.

"In der letzten Einwohnerfragestunde 2018 hatten Bürger hinterfragt, ob es richtig sein kann, dass Krefeld genauso viele Stadtbezirke wie die Millionenstadt Köln hat, während sich die Stadt Mönchengladbach mit drei Stadtbezirken begnügt. Das sehen wir genauso", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

"Es ist nicht vermittelbar, dass die Verwaltung plant, die Zahl der Bürgerbüros auf zwei mittelfristig zu reduzieren, die Politik aber weiterhin neun Bezirksvertretungen betreibt, deren Sitzungen jedoch oft mangels Beratungsbedarfs ausfallen. Lieber weniger Bezirksvertretungen, aber mehr Bürgerbüros als die Verwaltung plant."

Unabhängig von der Frage, wie viele Stadtbezirke Krefeld hat, wünscht die FDP eine Angleichung des Stadtbezirkes Mitte an die Grenzen des Gebietes "Stadtumbau West".

"Das Gebiet innerhalb der Ringe gehört auf jeden Fall verwaltungs- und politikmäßig in eine Hand, und zwar die des Stadtbezirkes Mitte", so der FDP-Fraktionsvorsitzende.

Analog zu § 4 des Kommunalwahlgesetzes, der die Einteilung des Stadtgebietes in Wahlbezirke regelt, müssen spätestens acht Monate vor Ablauf der Ratswahlperiode Änderungen der Stadtbezirke vorgenommen worden sein, so die FDP.

"Wir gehen deshalb davon aus, dass der Rat den Beschluss spätestens im Januar 2020 fassen muss, so dass dann aber andererseits im laufenden Jahr ausreichend Zeit für die Beratungen besteht", so Heitmann. Den Vorschlag, das Stadtgebiet auf fünf Bezirke aufzuteilen, hatte zuletzt die Arbeitsgemeinschaft Krefelder Bürgervereine gemacht.

"Angesichts der Krefelder Besonderheit, dass die Stadtteile sich in zahlreichen Bürgervereinen wiederfinden, halten wir größere Stadtbezirke, die mehrere Stadtteile umfassen, für sinnvoll und ausreichend", so die FDP.